



SPD-Fraktion Augsburg, Rathausplatz 2, 86150 Augsburg

Fraktionsgeschäftsführer
Michael Egger
Fon 0821-324-2196
Fax 0821-324-2151
m.egger@spd-stadtrat-
augsburg.de

Augsburg, 09.04.2018

Pressemitteilung

Arbeitsbedingungen im Job-Center – SPD reagiert auf Kritik von Beschäftigten

Die Kritik der Beschäftigten an den Arbeitsbedingungen im Augsburger Jobcenter nimmt die SPD-Stadtratsfraktion zum Anlass, erneut auf eine rasche Lösung zu drängen. Die SPD-Fraktion arbeitet seit drei Jahren zusammen mit Sozialbürgermeister Dr. Stefan Kiefer an unterschiedlichen Lösungen, für die nunmehr endlich auf Seiten der Stadt der Weg frei zu sein scheint.

„Die schwierigen Arbeitsbedingungen in der Gemeinschaftsbehörde aus Bundesagentur und Stadt Augsburg sind der SPD-Fraktion seit Jahren bekannt und waren bereits Gegenstand mehrerer Initiativen unsererseits“, so Dr. Florian Freund, stellv. Fraktionsvorsitzender und Mitberichterstatter des Organisations- und Personalausschusses. „Wir haben in engem Schulterschluss mit dem für das Jobcenter zuständigen Sozialreferenten Dr. Stefan Kiefer und dem Personalrat bereits vor drei Jahren einen ganzen Katalog an Verbesserungen beantragt“, so Freund weiter.

Klar ist allen Vertretern der SPD-Fraktion, dass die zusätzlichen Aufgaben und damit verbundenen Schwierigkeiten im Jobcenter „nicht hausgemacht“ sind. Die organisatorischen Veränderungen wie das Vier-Augen-Prinzip, die E-Akte oder das Rechenprogramm „Allegro“ stammen allesamt von der Bundesseite der Behörde und können seitens der Stadt nicht beeinflusst werden.

FÜR SIE IM STADTRAT

SPD-FRAKTION AUGSBURG

SPD-Fraktion Augsburg
Geschäftsstelle
Rathausplatz 2
86150 Augsburg

Fon 0821 324-2150
Fax 0821 324-2151
info@spd-stadtrat-augsburg.de
www.spd-stadtrat-augsburg.de

Stadtparkasse Augsburg
IBAN DE 407205 0000 0000 204719
BIC AUGSDE77XXX



„Wenn wir sehen, dass die Arbeit im Jobcenter mit erheblichen Belastungen bei den Beschäftigten einhergeht und die Personalfuktuation deshalb entsprechend hoch ist, müssen wir als Arbeitgeber reagieren“, so Jutta Fiener, die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion weiter.

„Die Stadt wird aus diesem Grund ein ganzes Bündel von Maßnahmen schnüren müssen! Das beginnt bei der Bezahlung. Wir werden darüber sprechen müssen, ob es gerecht ist, dass die Beschäftigten der Stadt im Jobcenter bei gleicher Tätigkeit weniger verdienen als die Beschäftigten der Agentur für Arbeit. “, erklärt der für Personalfragen zuständige Florian Freund einen wesentlichen Problembereich. „Eine Lösung könne hier aus Sicht der SPD über die Eingruppierung der Mitarbeiter oder aber durch Gewährung von Zulagen für die städtischen Beschäftigten des Jobcenters erreicht werden.“, so Freund weiter.

„Gleichzeitig müssen wir bei den immer wieder auftretenden Personalengpässen aktiv gegensteuern. Auch wenn wir bei der Bezahlung etwas tun, gutes Personal fällt nicht vom Himmel. Wir müssen zügig zu Lösungen kommen, damit zeitnah eine vernünftige Personalausstattung gewährleistet werden kann.“, so Fraktionsvorsitzende Margarete Heinrich.

Aus diesem Grund unterstütze die SPD-Stadtratsfraktion ausdrücklich die Initiative ihres Sozialbürgermeisters Dr. Stefan Kiefer, die Stellenausschreibungen auch für verwaltungsnahe Berufsgruppen zu öffnen. „Wenn wir keine ausgebildeten Verwaltungskräfte finden, müssen wir je nach Tätigkeitsfeld auf "verwandte Berufe", wie Juristen, Wirtschaftswissenschaftler, Pädagogen, Steuerfachangestellte o.ä. zurückgreifen und diese intern so weiterbilden, dass sie die Aufgaben im Jobcenter übernehmen können“, erklärt Dr. Freund abschließend.

Die Ergebnisse einer Arbeitsgruppe des Jobcenters, an der neben Mitgliedern der Trägerversammlung auch der Personalrat des Jobcenters und die Personalverwaltung der Stadt beteiligt gewesen sind, habe ähnliche Ergebnisse gebracht, wie sie von der SPD-Fraktion schon seit längerem gefordert werden. „Wir gehen davon aus, dass wir jetzt gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen die politischen Weichen für die von uns seit Jahren vorgeschlagenen Verbesserungen gestellt werden, denn das Jobcenter geht uns alle im Stadtrat an! Es geht hier um Menschen, die dringend auf Unterstützung angewiesen sind“, so Margarete Heinrich.

F. d. R.
Julia Geßler